

Niederschrift

über die 25. Sitzung des Rates am 27.06.2013
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung	6
1 Einwohnerfragestunde	6
2 Antrag auf Rückbau der Schrankenanlage Bommershöfer Weg und 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 211 B, Meerbusch-Osterath, Wohngebiet nördlich Bommershöfer Weg; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i. V. m. §§ 1 (8) BauGB und 13a BauGB Vorlage: FB4/181/2013	6
3 2. Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 64 für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 224, Meerbusch-Büderich, Böhler-Siedlung Vorlage: FB4/559/2013	8
4 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 164 B, Meerbusch-Lank-Latum, Krahnengasse/Kaldenberg im Bereich Krahnengasse 21-23; Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB Vorlage: FB4/561/2013	8
5 1. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 59, Meerbusch-Büderich, Dietrich-Bonhoeffer-Str.; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB Vorlage: FB4/577/2013	9
6 Satzung der Stadt Meerbusch über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege Vorlage: DezII/563/2013	10
7 Kooperation mit dem Rhein-Kreis Neuss im Bereich der Förderschulen Lernen; öffentlich-rechtliche Vereinbarung Vorlage: FB3/560/2013	11
8 Wertgrenzen für Investitionen nach § 14 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) Vorlage: SFI/570/2013	11
9 Vorbereitung der Wahl der Schöffinnen/Schöffen und Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahlperiode 2014 - 2018 Vorlage: SR/548/2013	11
10 Anträge	11
10.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 17. Juni 2013 bez. Bildung eines Arbeitskreises "Bezahlbarer Wohnungsbau" Vorlage: ZD/127/2013	12

11	Anfragen	13
11.1	Anfrage der UWG-Fraktion vom 5. Juni 2013 bez. Ergebnisse Zensus 2011 Vorlage: ZD/079/2013	13
12	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	13
13	Termin der nächsten Sitzung: 26. September 2013	14
14	Verschiedenes	14
14.1	Informationsveranstaltung der Firma Amprion	14

Sitzungsort: Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer Städt. Meerbusch-Gymnasium

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Dieter Spindler

Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker

Ratsmitglied

Herr Werner Damblon

Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor

Ratsmitglied

Frau Angela Gröters

Ratsmitglied

Herr Dr. Eberhard Hemmen

Ratsmitglied

Frau Helga Hermanns

Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenkliès

Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe

Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising

Ratsmitglied

Herr Thomas Jung

Ratsmitglied

bis TOP 18

Frau Renate Kox

Ratsmitglied

Herr M.A. Mike Kunze

Ratsmitglied

Herr Dieter Lerch

Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert

Ratsmitglied

Herr Bernd Parys

Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken

Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Radmacher

Ratsmitglied

bis TOP 14

Frau Petra Schoppe

Ratsmitglied

Frau Brunhild Steinforth

Ratsmitglied

Herr Gerd van Vreden

Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt

Ratsmitglied

Herr Dr. Klaus Brennecke

Ratsmitglied

Frau Barbara Büchner

Ratsmitglied

Herr David Burkhardt

Ratsmitglied

Frau Helga Dapprich

Ratsmitglied

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

Frau Katja Giesen

Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig

Ratsmitglied

Herr Jörg Schleifer

Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer

Ratsmitglied

bis TOP 18

Herr Hans Günter Focken

Ratsmitglied

Herr Rainer Grund

Ratsmitglied

Herr Dieter Jüngerkes

Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen

Ratsmitglied

bis TOP 18

Frau Ilse Niederdellmann	Ratsmitglied	
Frau Nicole Niederdellmann-Siemes	Ratsmitglied	bis TOP 14
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied	

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marco Becker	Ratsmitglied
Herr Dario Dammer	Ratsmitglied
Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Frau Ingrid Maas	Ratsmitglied
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Frau Sarah Winter	Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied	bis TOP 14
-------------------------	--------------	------------

Zentrum

Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied
----------------------	--------------

fraktionsloses Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	ab TOP 10
-----------------------------	--------------	-----------

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage	Erste Beigeordnete
Herr Dr. Just Gérard	Technischer Beigeordneter
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer
Herr Thomas Fox	Bereichsleiter Rechnungsprüfungsamt
Frau Beate Heidbreder-Thören	Zentrale Dienste
Frau Alice Wiegand	Referentin des Bürgermeisters

Schriftführer

Herr Jürgen Wirtz	Bereichsleiter Zentrale Dienste
-------------------	---------------------------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Leo Jürgens	Ratsmitglied
Herr Uwe Wehrspohn	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Rudolf Jahns	Ratsmitglied
Herr Dr. Klaus Schmidt-Menschner	Ratsmitglied
Herr Dr. Bernd Schumacher-Adams	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied
--------------------------	--------------

von der UWG-Fraktion

Herr Christian Staudinger-Napp	Ratsmitglied
--------------------------------	--------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Bürgermeister Spindler auf den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zum Thema Bildung eines Arbeitskreises „Bezahlbarer Wohnungsbau“ hin. Der Antrag liegt den Ratsmitgliedern vor und wird unter TOP 10.1 behandelt.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Frau Sonja Geldmacher nimmt Bezug auf die Empfehlung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften an den Rat, in der heutigen Sitzung ein B-Plan-Änderungsverfahren einzuleiten, dass zum Ziel habe, die Busschranke am Bommershöfer Weg dauerhaft zu öffnen. In diesem Zusammenhang erklärt sie, dass zwischenzeitlich 376 Unterschriften von Anwohnern gesammelt wurde, die sich alle- samt gegen eine Öffnung der Schranke aussprechen würden.

Sie stellt im Zusammenhang mit einer möglichen Öffnung die Frage, ob sich der Klimabeirat mit dem Thema befasst habe. Sie stellt in Frage, ob sich der Bommershöfer Weg von seinem Ausbau- standard her überhaupt dafür eigne, Mehrverkehre aufzunehmen und ob die Rheinbahn als Betrei- ber des Linienbusverkehrs zu der Planung gehört wurde. Zudem stellt sie in Frage, dass eine ausrei- chende Abwägung zwischen den wirtschaftlichen Interesse der Gewerbetreibenden und den Indivi- dualinteressen der Anwohner vorgenommen wurde. Bei der Wahl ihrer Häuser und Wohnungen hätten sich die Anwohner bewusst für die Wohnlage entschieden, da dort eine Schrankenanlage zur Verkehrsberuhigung installiert sei. Sie frage zudem, ob die anliegenden Schulen zu der Absicht be- fragt worden seien.

Herr Köllges von der Bürgerinitiative Bommershöfer Weg stellt eine Zusatzfrage. Bürgermeister Spindler erläutert, dass in der heutigen Sitzung des Rates über diese inhaltlichen Fragestellungen nicht zu entscheiden sei. Die Empfehlung des Ausschusses laute, dass der Rat ein B-Plan- Änderungsverfahren einleiten solle. In einem solchen Verfahren wären die von Frau Geldmacher und Herrn Köllges angesprochenen Fragestellungen ausführlich zu erörtern. Das Baugesetzbuch biete hier eine Reihe von Beteiligungsmöglichkeiten, sodass sichergestellt sei, dass alle Gesichtspunkte vor einer abschließenden Abwägung berücksichtigt würden.

2 Antrag auf Rückbau der Schrankenanlage Bommershöfer Weg und 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 211 B, Meerbusch-Osterath, Wohngebiet nördlich Bommershöfer Weg; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i. V. m. §§ 1 (8) BauGB und 13a BauGB Vorlage: FB4/181/2013

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch -BauGB- vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zurzeit geltenden Fassung in Verbindung mit § 1 (8) BauGB, die Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 211 B, Meerbusch-Osterath, Wohngebiet nördlich Bom- mershöfer Weg. Die Bebauungsplanänderung wird gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfah- ren aufgestellt, ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB.

Planungsziel ist die Aufhebung der beschränkten Busschleuse.

Der räumliche Geltungsbereich dieser Bebauungsplanänderung umfasst das Flurstück 232 der Flur 9

der Gemarkung Osterath und ist im Übersichtsplan gekennzeichnet.



Mit dem Inkrafttreten dieses Änderungsplanes treten die entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 211 B außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	21		
FDP	9		
SPD		8	
Bündnis 90 / Die Grünen		6	
UWG		1	
Zentrum		1	
Fraktionslos	-	-	-
Bürgermeister	1		
Gesamt	31	16	

Ratsherr Rettig berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften und stellt dar, dass dieser Beschluss gefasst worden sei, um Möglichkeiten der Stärkung des Ortskernes zu prüfen. Ratsfrau Niederdelmann führt aus, dass dem Beschluss das Ziel klar zu entnehmen sei, es gehe um die Öffnung der Busschranke. Hier könne die SPD nicht zustimmen. Ende 2012 sei beschlossen worden ein Gesamtkonzept zu erstellen, insofern sei nicht erkennbar, warum jetzt vorschnell die Einleitung des Verfahrens beschlossen werden soll.

Ratsherr Damblon spricht sich für die zeitnahe Einleitung des Änderungsverfahrens aus. Immerhin sei zu beachten, dass ein solches Verfahren 1 – 2 Jahre in Anspruch nehme. Insofern laufe das Verfahren parallel zur innerörtlichen Entwicklung. Würde man diese abwarten und erst dann ein Änderungsverfahren einleiten, verlöre man zuviel Zeit. Ratsherr Eimer bemängelt, dass das Verfahren aufgrund von Einzelinteressen eingeleitet würde. Die wirtschaftlichen Interessen seien sorgsam gegen die Interessen der Anwohner abzuwägen. Ratsherr Peters erklärt, dass auch seine Fraktion am alten Beschluss festhalte und zunächst die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes abwarten wolle.

Ratsherr Rettig merkt an, dass der Arbeitskreis nun seine Arbeit aufnehmen müsse. Tendenziell sei man für eine Öffnung. Das B-Plan-Verfahren biete nun die Möglichkeit in geordneter Art und Weise die verschiedenen Interessen abzuwägen, insofern stimme seine Fraktion zu. Ratsfrau Glasmacher

erklärt, dass die UWG die Argumente der Anwohner unterstütze und deshalb gegen die Öffnung der Busschranke sei.

3 2. Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 64 für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 224, Meerbusch-Büderich, Böhler-Siedlung
Vorlage: FB4/559/2013

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt gemäß §§ 14 und 16 Baugesetzbuch -BauGB- vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509) in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. April 2013 (GV. NRW. S. 194), für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 224, Meerbusch-Büderich, Böhler-Siedlung die Satzung der Stadt Meerbusch über die 2. Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 64 in der als Anlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

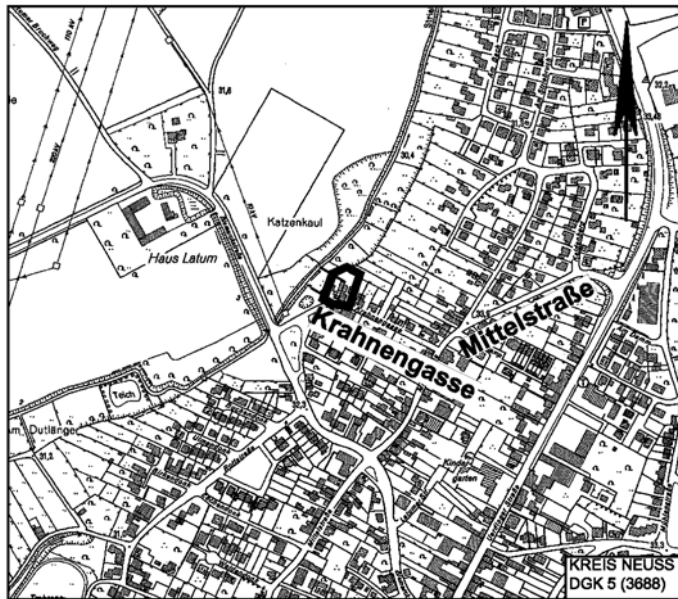
Ratsherr Rettig berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

4 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 164 B, Meerbusch-Lank-Latum, Krahnengasse/Kaldenberg im Bereich Krahnengasse 21-23; Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB
Vorlage: FB4/561/2013

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 164 B, Meerbusch-Lank-Latum, Krahnengasse/Kaldenberg im Bereich Krahnengasse 21-23, als Satzung gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch -BauGB- vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509) in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666/SGV.NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. April 2013 (GV.NRW. S. 194).

Der räumliche Geltungsbereich dieser Bebauungsplanänderung umfasst Teile der Flurstücke 151 und 152 der Flur 3 der Gemarkung Latum und ist im Übersichtsplan gekennzeichnet.



Gleichzeitig wird die Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 9 (8) BauGB beschlossen.

Mit dem Inkrafttreten dieses Änderungsplanes treten die entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 164 B außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Rettig berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

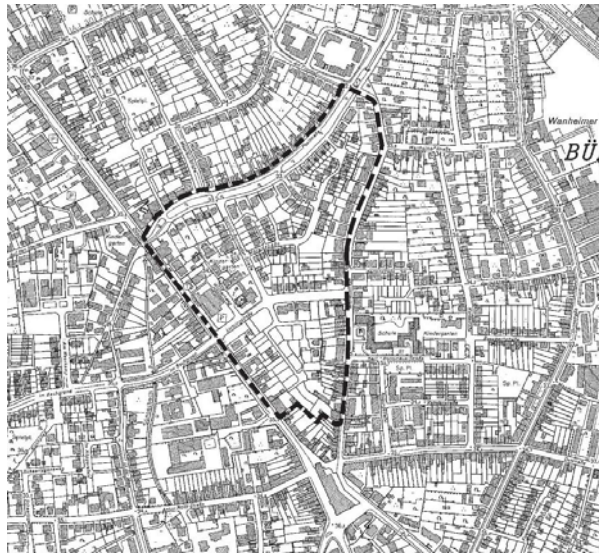
- 5 1. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 59, Meerbusch-Büderich, Dietrich-Bonhoeffer-Str.;**
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB
Vorlage: FB4/577/2013

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch -BauGB- vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zurzeit geltenden Fassung in Verbindung mit § 1 (8) BauGB die Aufstellung der 1. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 59, Meerbusch-Büderich, Dietrich-Bonhoeffer-Str.. Die Bebauungsplanergänzung wird gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren aufgestellt, ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB.

Planungsziel ist die räumliche Steuerung von Vergnügungsstätten und sonstigen Gewerbebetrieben, sofern es sich um Wettbüros und diesen vergleichbare Betriebe handelt.

Der räumliche Geltungsbereich dieser Bebauungsplanergänzung umfasst den Bereich des am 16. Dezember 1987 in Kraft getretenen Bebauungsplanes Nr. 59 und ist im Übersichtsplan gekennzeichnet.



Mit dem Inkrafttreten dieser Ergänzung treten die entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 59 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6 Satzung der Stadt Meerbusch über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege Vorlage: DezII/563/2013

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die als Anhang beigefügte Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	21		
FDP	9		
SPD	7		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG			1
Zentrum	1		
Fraktionslos	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	44		1

Ratsfrau Schoppe berichtet aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

- 7 Kooperations mit dem Rhein-Kreis Neuss im Bereich der Förderschulen Lernen; öffentlich-rechtliche Vereinbarung**
Vorlage: FB3/560/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt, der beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Rhein-Kreis Neuss zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Kox berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport.

- 8 Wertgrenzen für Investitionen nach § 14 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)**
Vorlage: SFI/570/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Wertgrenze für Investitionen gem. § 14 GemHVO für die Hochbaumaßnahmen und Straßenbauprojekte dauerhaft auf 100.000 € festzulegen und für andere Investitionen, z.B. Kanalbaumaßnahmen, bei 250.000 € zu belassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- 9 Vorbereitung der Wahl der Schöffen/Schöffen und Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahlperiode 2014 - 2018**
Vorlage: SR/548/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die Vorschlagsliste für die Schöffen/-innen für die Wahlperiode 2014 – 2018 entsprechend der als Anlage beigefügten Liste.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Giesen und Ratsherr Neuhausen nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Bürgermeister Spindler erläutert, dass der an drittletzter Stelle in der Vorschlagsliste aufgeführte Bewerber seine Bewerbung aus persönlichen Gründen zurückgezogen habe. Er sei deshalb in der Liste zu streichen.

- 10 Anträge**

10.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 17. Juni 2013 bez. Bildung eines Arbeitskreises "Bezahlbarer Wohnungsbau"
Vorlage: ZD/127/2013

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Bildung eines Arbeitskreises „Bezahlbarer Wohnungsbau“. Jede Fraktion stellt 2 Mitglieder und benennt zusätzlich jeweils einen Vertreter. Die Verwaltung wird durch 3 Mitarbeiter vertreten.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		21	
FDP	9		
SPD	8		
Bündnis 90 / Die Grünen	1	5	
UWG			1
Zentrum		1	
Fraktionslos		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt	18	29	1

Damit ist der Antrag angelehnt.

Ratsfrau Niederdellmann begründet den Antrag. Die gemeinsame Sitzung zum Thema habe gezeigt, dass dringender Handlungsbedarf bestehe. Das Pestel-Institut prognostiziere eine Wohnungsnot bei Rentnern. Zudem würde es hinsichtlich der Aufnahme von weiteren Asylbewerbern in den städtischen Unterkünften eng. Die Zeit dränge daher, der Rat müsse handeln.

Ratsherr Damblon bestätigt, dass das Thema zügig anzugehen sei. Im nächsten Haushalt müssten die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Entsprechende Beschlüsse seien nötig. Die Bildung eines Arbeitskreises sehe er jedoch skeptisch. Die zuständigen Ausschüsse könnten die notwendige Arbeit selber leisten. In den Fraktionen seien die Zielsetzung zu erörtern und in den Ausschüssen die entsprechenden Anträge einzubringen. Ein Arbeitskreis verzögere die Sache nur.

Ratsherr Peters erklärt, dass auch er eine öffentliche Diskussion dieses Thema in den Ausschüssen für förderlicher erachte. In der gemeinsamen Sitzung habe man damit schon begonnen. Er erwarte, dass das Thema im September auf den Tagesordnungen der Sitzungen zu finden sei.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes befürchtet, dass bei einer Beratung in den verschiedenen Ausschüssen immer nur die Gesichtspunkte des jeweiligen Ausschusses diskutiert würden, in einem Arbeitskreis würden aber alle Facetten des Themas beleuchtet.

Ratsherr Rettig hält ebenfalls ein Gedankenaustausch im Rahmen einer kleinen Gruppe im Arbeitskreis für sinnvoll. Hier könnte geklärt werden, welche Infos man brauche. Diese könnten dann in den Ausschüssen präsentiert werden.

Ratsherr Focken erklärt, es handele sich um ein vielschichtiges Thema. Die Verknüpfung der einzelnen Gesichtspunkte sei enorm wichtig. Es müsse ein Rahmenkonzept erarbeitet werden, bei der die Stadt die Fäden des Handelns in der Hand halten müsse. Insofern sei ein Arbeitskreis das effektivere Gremium.

11 Anfragen

11.1 Anfrage der UWG-Fraktion vom 5. Juni 2013 bez. Ergebnisse Zensus 2011 Vorlage: ZD/079/2013

Bürgermeister Spindler beantwortet die Anfrage wie folgt:

Einwohnerzahlen gesamt:

1. Festgestellte Einwohnerzahl nach dem Zensus 9. Mai 2011:	54.313
2. Fortgeschriebene EW-Zahl von IT-NRW zum 31.12.2011:	54.378
3. Einwohnerzahl eigene Fortschreibung zum 31.12.2011	55.613

4. Differenz 2 zu 3:	1.235
----------------------	-------

Ausländer:

5. Festgestellte Zahl der Ausländer beim Zensus am 9. Mai 2011	4.700
6. Ausländer eigene Fortschreibung am 31.12.2011	5.432
7. Differenz 5 zu 6:	732

8. verbleibende Differenz 4 zu 7:	503
-----------------------------------	-----

Der Unterschied, der relativ gering ist, ergibt sich durch unterschiedliche Verfahren. Bei einem Umzug innerhalb von Deutschland erfolgt die Anmeldung bei der neuen Wohnortgemeinde. Die abgehende Wohnortgemeinde erhält im Datenträgeraustausch Kenntnis von der Abmeldung, dass Einwohnerverzeichnis wird entsprechend berichtet.

Bei An- und Abmeldeverfahren vom und ins Ausland erfolgt kein automatischer Datenabgleich. Wird dann keine Abmeldung im Bürgerbüro vorgenommen, kommt es zu den Differenzen im Einwohnerbestand.

Da die Stadt Meerbusch keine Schlüsselzuweisungen erhält, ergeben sich insofern keine Auswirkungen. Hinsichtlich der Investitionspauschale und der Sportpauschale sind die bisherigen Beträge auf Grund der Fortschreibung der Zahlen IT-NRW vorgenommen worden, so dass auch hier keine relevante Änderung eintritt. Im Übrigen sei zu berücksichtigen, dass ja insgesamt die jetzt festgestellten Zahlen nach dem Zensus 9. Mai 2011 niedriger seien.

12 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

13 Termin der nächsten Sitzung: 26. September 2013

Die nächste Sitzung findet gem. Langzeitplan am 26. September 2013 statt.

14 Verschiedenes**14.1 Informationsveranstaltung der Firma Amprion**

Im Zusammenhang mit der Einladung der Firma Amprion zur Informationsveranstaltung am 1. Juli 2013 in der Städtischen Realschule Osterath fragt Ratsfrau Niegeloh, welche Planungsschritte im Zusammenhang mit der Erweiterung bzw. dem Umbau der Umspannstation Osterath erfolgen würden.

Bürgermeister Spindler verweist darauf, dass die Genehmigungen hinsichtlich der Erweiterung und dem Betrieb einer 380 KV-Leitung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz erfolgen. Derartige Genehmigungen würden nicht von der Stadt erteilt, sondern vom Kreis. Die Stadt werde in derartigen Verfahren aber angehört.

In der Informationsveranstaltung werde natürlich aber auch über den aktuellen Diskussionsstand Konverter berichtet.

Meerbusch, den 3. Juli 2013

Dieter Spindler
Bürgermeister

Jürgen Wirtz
Schriftführer/in